

Die Diskussionskreise - Das Herz unserer Vollversammlung

Wir wollen am Sonntag nicht nur sichtbar werden, sondern auch über wichtige Themen diskutieren, die uns in unserer täglichen Arbeit mit Geflüchteten beschäftigen. Wir werden Demokratie leben und in großen Diskussionskreisen mitten auf dem Marienplatz jeden zu Wort kommen lassen, der sich konstruktiv an einem Austausch beteiligen möchte. Auch Politiker sind eingeladen uns zuzuhören und mit uns zu diskutieren.

So laufen die Diskussionen

Nach der Auftaktkundgebung werden wir um ca. 15.30 Uhr Diskussionskreise zu wichtigen Themen (Menschenrechte, Abschiebung, Anhörung, etc.) bilden. Dazu werden wir uns in Gruppen auf dem Marienplatz verteilen. In den jeweiligen Diskussionskreisen wird es einen kurzen Input von denjenigen geben, die das Thema vorbereitet haben. 1-2 Moderator*innen pro Thema werden das Gespräch koordinieren. Es gibt in jeder Gruppe einen zum Thema passenden Zettel mit ein paar vorformulierten Thesen, Fakten und Forderungen, um schnell ins Thema einsteigen zu können. Die Diskussionen werden außerdem auf Flipcharts festgehalten.

Zum Abschluss der Diskussionskreise wird jede Gruppe von der Bühne aus einen Kurzbericht über ihre Diskussion an die Vollversammlung geben. Wurden Forderungen ausgearbeitet, werden wir gemeinsam darüber abstimmen.

Von jeder Gruppe wird es eine Mailingliste geben, um die Diskussionen nicht auf dem Marienplatz enden zu lassen. Der Sonntag ist schließlich erst der Anfang!

Und das sind unsere Themen:

Recht auf Bildung & Arbeit

Arbeit, Bildung, Deutschkurse, Berufsschule, Lehrstellen, Beschäftigungsverbote, Genehmigungsdauer – die Liste der Beschränkungen ist lang. Viel länger könnte jedoch die Liste der Chancen sein: der Chancen für alle Beteiligten - Deutsche wie Geflüchtete! Hier sind die Ehrenamtlichen schon wesentlich weiter als die Verantwortlichen in der Politik. Daher unser Forderungskatalog – frisch aus der Praxis!

Anhörungen & BAMF

Kürzlich hat sich der Gesamtpersonalrat des BAMF an die neue Leitung gewandt, u.a. weil aufgrund des politischen Drucks "fachliche und rechtliche Verfahrensfehler bei der Bewertung der vorgetragenen Asylgründe und der Auswertung von Erkenntnisquellen" befürchtet werden. Es gehe nur noch um Zahlen, der einzelne Mensch spiele keine Rolle mehr. Es muss also davon ausgegangen werden, dass verantwortungsvolle Asylverfahren zurzeit nicht oder nur bedingt stattfinden und der individuellen Schutzbedürftigkeit ungenügend Rechnung getragen wird.

Menschenrechte & Rechtsstaat

Menschenrechte sind universell und nicht verhandelbar. Verschiedene Gesetze und übergreifende Vereinbarungen sichern grundlegende Menschenrechte, wie das Recht auf Asyl, Arbeit und Bildung. Diese Rechte drohen aus politischem Interesse immer mehr ausgehöhlt zu werden – der Rechtsstaat ist gefährdet.

Abschiebungen stoppen

Die Abschiebung von abgelehnten Asylsuchenden ist rechtens, wenn der Einzelfall eingehend und gem. den Richtlinien geprüft wurde und die Menschenrechtssituation im Herkunftsland eine Rückführung tatsächlich erlaubt. Seit Ende des letzten Jahres werden Sammelabschiebungen nach Afghanistan durchgeführt. Was steckt dahinter? Wie ist die Lage dort? Wie geht es den bereits Abgeschobenen in Afghanistan und den von Abschiebung Bedrohten in Deutschland? Sind die Abschiebungen zu vertreten? Wenn nicht, welche Forderungen wollen wir an die Politik richten?

Voneinander lernen - ein bereichernder Prozess

Geflüchtete werden in der Politik oft als "Gefährdung" für die deutsche Gesellschaft bezeichnet, egal ob als "potentielle Terroristen" oder als "Gefahr für den sozialen Frieden". In unserer tagtäglichen Praxis machen wir genau gegenteilige Erfahrungen: Wir lernen viel über andere Menschen, Bräuche und Kulturen und beobachten, wieviel Potential und Bereicherung darin liegt, Partizipation und Teilhabe bei uns zu ermöglichen. Eine moderne, vielfältige Gesellschaft nehmen wir als Investition in unsere Zukunft wahr.

Wohnraum für alle

Die im sogenannten "Integrationsgesetz" verfügte Integration von Geflüchteten kann nur gelingen, wenn Geflüchtete und Bürger sich kennen lernen können. Es geschieht ganz natürlich bei Arbeitsaufnahme oder Unterbringung in privaten Wohnungen. Dies aber wird von Bund und Ländern bewusst blockiert, ja sogar als strafbare Handlung betrachtet.... wie können wir in der ohnehin schwierigen Lage am Wohnungsmarkt Geflüchtete diesbezüglich unterstützen, ohne dabei eine Sozialneid-Debatte auszulösen?